Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

10.4.1864 (No. 85)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 10. April.

Nr. 85. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Karlsruhe, 9. April.

Heute um 12 Uhr Mittags haben Seine Königliche Hoheit der Großherzog den königlich bayrischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Freiherrn von Malzen, in besonderer Audienz empfangen und das Schreiben Seiner Majestät des Königs von Bayern entgegenzunehmen geruht, welches denselben in dieser Eigenschaft neu beglaubigt.

Deutschland.

Karlsruhe, 9. Apr. Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Ludwig von Hessen mit Höchstdessen Gemahlin sind heute Vormittag 11 Uhr 10 Minuten wieder von hier abgereist, um Sich zunächst nach München zu begeben.

München, 6. Apr. Der telegraphisch bereits erwähnte Artikel der offiziösen „Bayer. Ztg." über die Stellung des Bundes zu der Konferenzfrage lautet vollständig:

Wie uns scheint, kann der Bund die Konferenzeinladung, welche einen so rühmlichen Zweck verfolgt, nicht von der Hand weisen; derselbe wird aber an der vorgeschlagenen Konferenz nur dann Theil nehmen können, wenn vorher die noch immer nicht bestimmte Stellung entschieden ist, welche der Bund in Bezug auf die Herzogthümer Holstein und Schleswig einzunehmen hat; denn ohne eine solche vorgängige Entscheidung wäre es nicht möglich, dem Vertreter des Bundes auf der Konferenz eine andere Instruktion zu geben, als die, Dasjenige, was dort verhandelt oder beschlossen wird, lediglich ad referendum zu nehmen. Daß damit aber den Rechten, deren Wahrung dem Bund in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit obliegt, nicht gedient wäre, braucht wohl nicht weiter dargelegt zu werden. Unseres Erachtens kann sich daher der Bund zur Theilnahme an jener Konferenz nur dann veranlaßt finden, wenn entweder vorher die Erbfolge in Holstein und Schleswig durch einen Bundesbeschluß festgestellt ist, oder wenn wenigstens durch einen anderweiten Beschluß der Vertreter des Bundes bei der Konferenz dahin instruirt wird, daß derselbe die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Holstein und Schleswig und demnach auch die Trennung dieses Herzogthums von Dänemark zu vertreten und zu fordern habe. Bei jener Alternative könnte die Abstimmung über den von Bayern in der Bundestags-Sitzung vom 12. v. M. gestellten Antrag bezüglich der Erbfolge wohl nur dann genügen, wenn, wie wir nicht hoffen, die Entscheidung des Bundes zu Ungunsten des Erbprinzen von Augustenburg ausfallen sollte. Ist aber Letzteres nicht der Fall, so hätte der Bund auch noch, und zwar unmittelbar darauf, über die Ansprüche dieses Prinzen auf die Erbfolge in Schleswig Beschluß zu fassen, um gegebenen Falls sowohl die Erbfolge desselben in diesem Herzogthum, als auch die Lostrennung des letztern von Dänemark bei der Konferenz geltend machen zu können. Ist so auf die eine oder andere Weise der Standpunkt des Bundes festgestellt, dann und nur dann wird die Theilnahme seines Vertreters an der Konferenz möglicher Weise von Nutzen sein können. Diese Theilnahme wird aber immer noch davon abhängig zu machen sein, daß Dänemark, was bis jetzt noch nicht geschehen ist, auf die in der englischen Note vom 26. v. M. erwähnte Voraussetzung verzichte, daß nämlich die Berathungen der Konferenz auf Grundlage der Verabredungen von 1851/52 erfolgen. Dabei glauben wir kaum bemerken zu müssen, daß der Vertreter des Bundes an der Konferenz nur unter ausdrücklicher Wahrung der letzterem ausschließend zustehenden Kompetenz bezüglich der deutschen Bundesländer Holstein und Lauenburg, sowie unter dem Vorbehalt der erforderlichen Zustimmung des rechtmäßigen Landesherrn, sowie der betreffenden Stände zu dem Ergebniß der Konferenz daran Theil nehmen kann. So wünschenswerth es uns endlich erscheint, daß der Bund die ihm durch die Einladung Großbritanniens gebotene Gelegenheit benütze, um als selbständige Macht im Rathe der Großmächte aufzutreten, so dürfte seine Theilnahme doch nur unter den obigen Voraussetzungen zu empfehlen, und auch dann möchte ein befriedigendes Ergebniß von einer Konferenz kaum zu erwarten sein, in welcher die sämmtlichen übrigen Theilnehmer den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 unterzeichnet haben, welcher die Erhaltung der dänischen Gesammtmonarchie unter dem Szepter des Königs Christian IX. zum offen ausgesprochenen Zweck hat. Andernfalls, ohne jene Voraussetzungen nämlich, wäre es für den Bund räthlich, sich der Theilnahme an der Konferenz zu enthalten und je nach Befund dem Ergebniß derselben eine Rechtsverwahrung entgegensetzend, die weitere Geltendmachung der hier in Betracht kommenden Rechte einem günstigern, hoffentlich nicht fernen Zeitpunkt vorzubehalten.

Wiesbaden, 7. Apr. (Mittelrh. Ztg.) Die Ausschüsse der Kammern waren seither und sind noch mit der Wahlprüfung beschäftigt. In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer verlangten die Ausschüsse von der Regierung die Akten: 1) über die wegen unerlaubter Beeinflussungen der Wahlen erwachsenen Untersuchungsakten aus sämmtlichen Wahlkreisen; 2) die Akten über Verfügungen, welche ergangen sind gegen einzelne Staatsbürger und bestimmte Klassen derselben (Gemeindebedienstete, Lehrer, Staatsdiener) wegen ihrer Nichtbetheiligung an der Wahl. Die Regierung erklärte nach längeren, ziemlich warmen Verhandlungen, daß ihr von solchen Untersuchungen nichts bekannt sei; ferner, daß die Verfügungen gegen öffentliche Diener, einschl. Lehrer und Bürgermeister, nur mit dem Dienstverhältniß zusammenhängende Disziplinarmaßregeln betreffen, und daß die Akten darüber nicht vorgelegt würden. Das Verlangen um Vorlage der fraglichen Akten war gegründet auf das an sämmtliche Beamte vor den Wahlen ergangene Generalreskript und auf die Thatsache der Bestrafung und Bedrohung mißliebiger Abstimmung. In beiden Kammern sind sodann die betreffenden Ausschüsse beschäftigt mit dem Entwurf der Antwortadresse, bei welcher die ganze Lage des Landes und die Stellung der Regierung einer Kritik unterzogen werden muß. Dem Vernehmen nach hat die Regierung dem Ausschuß der Ersten Kammer gelegentlich einer Besprechung der jetzigen Stimmung des Landes bemerkt, daß, wenn die Adresse eine in dem Lande herrschende Mißstimmung gegen das jetzige Regierungssystem behaupten werde, das Ministerium dem Herzog nicht rathen würde, die Adresse anzunehmen.

Der Gemeinderath hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die feierliche Begehung des 25jährigen Regierungsjubiläums des Herzogs am 21. August d. J. von Seiten der Stadt würdig zu veranstalten. Demgemäß wurde sofort eine besondere Kommission gebildet ꝛc.

Kiel, 5. Apr. Baron Blome auf Heiligenstedten, der der Versammlung der Stände nicht beiwohnte, motivirt seine Abwesenheit in einem an den „Hamb. Korresp." gerichteten Schreiben, in welchem er sagt:

Ich habe dieser Einladung keine Folge geleistet, weil ich wissen konnte, daß unter dem Vorwand, die Lage des Landes zu berathen, nur eine neue Agitation zu Gunsten des Augustenburgers beabsichtigt wird, und meine Warnungen in dieser Beziehung doch eben so erfolglos als früher sein würden. Hat der Erbprinz von Augustenburg wirklich ein alleiniges Erbrecht auf den Thron der Herzogthümer, was ich bezweifle, da ich, ganz abgesehen von den vielen gegen seine Ansprüche gemachten Einwendungen, abgesehen auch von dem Ausspruche Wilhelm Beseler's, daß das Haus Augustenburg todt für Schleswig-Holstein sei, kein Primogeniturstatut kenne, worauf die Augustenburger ein alleiniges Erbrecht gründen können, so kann ich nur wünschen, daß sein Recht anerkannt werde. Durch Versammlungen, Resolutionen, obligates Schwenken von Fahnen und voreilige Huldigungen kann aber kein Recht konstatirt werden.

Kiel, 6. Apr. (H. Bh.) Das akademische Konsistorium hat an dem heutigen Tag einstimmig eine von allen gegenwärtig hier anwesenden Mitgliedern unterzeichnete Zustimmungserklärung beschlossen:

Die Mitglieder der holsteinischen Ständeversammlung haben durch den am 5. Apr. 1864 zu Kiel gefaßten Beschluß eine feierliche Rechtsverwahrung für der Herzogthümer Schleswig-Holstein Landesrechte in der festen Ueberzeugung ausgesprochen, hiermit in vollständiger Uebereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerung zu handeln. Wir, die gesetzliche Vertretung der schleswig-holsteinischen Landesuniversität, sehen hierin eine Veranlassung, der hohen Ständeversammlung unsern Dank und unsere Zustimmung zu den von derselben am 5. Apr. gefaßten Beschlüssen ausdrücklich zu erkennen zu geben, und erlauben uns, diese unsere Zustimmungserklärung mit Bitte, von derselben an geeigneter Stelle Gebrauch zu machen, dem von der hohen Ständeversammlung eingesetzten Ausschusse ehrerbietigst zu überreichen. Kiel, 6. Apr. 1864. Das akademische Konsistorium: G. Karsten, d. Z. Rektor. Thomsen. Fricke. Weiß. Planck. Neuner. Behn. Litzmann. Bartels. Ratjen. Forchhammer. Himly. Seelig. Harms. Weyer. Weinhold. Ribbeck. Junghans.

Flensburg. Die „Süddeutsche Ztg." erfährt aus sicherer Quelle (und zwar nicht blos von einem ihrer regelmäßig referirenden Korrespondenten), daß die Preußen in der Nacht vom 2. zum 3. April doch bei Ballegaard nach Alsen überzusetzen gedachten, den Sund aber nicht passabel fanden. „Schon auf dem Wege dahin — schreibt sie — brachen mehrere der österreichischen Pontonwagen auf der durchweichten Straße ein und sperrten dieselbe, was bedeutenden Zeitverlust hervorbrachte. Als es dann endlich gelang, einige Kähne ins Wasser zu legen, stürzten die Wellen und der Wind sie alsbald wieder um. Die Dänen waren übrigens von Allem unterrichtet, angeblich durch Einwohner von Sandberg, die deßwegen gefänglich eingezogen sind, und hatten acht Kriegsschiffe zur Stelle. Das Unternehmen scheint demzufolge ganz aufgegeben worden zu sein, so daß ein Sturm in der Front als der einzige Weg zum Ziel übrig bleiben würde."

Broacker, 3. Apr. Man schreibt der „N. Pr. Ztg." über die Beschießung Sonderburgs u. A. Folgendes:

Um 5 Uhr begann die Strandbatterie Nr. 1 ihr Feuer nach Sonderburg, zuerst zur Probe mit einigen Granaten, dann mit Brandgeschossen (Granaten, die mit zehn Kupferröhren, welche mit Brandsatz geladen sind, neben der Sprengladung angefüllt werden). Die Entfernung bis zur Stadt ist über 6000 Schritt, also etwa 0,65 deutsche Meilen. Es ist dies wohl der erste Versuch in der Kriegsgeschichte, auf solche Entfernung eine Stadt in Brand zu setzen, und zwar ein gelungener Versuch. Bis gestern Abend noch blieben die Geschosse wirkungslos, heute früh zwischen 8½ und 9½ Uhr jedoch bemerkte man einen Brand in der Nähe des alten Schlosses, der jetzigen Kaserne, weithin durch die Größe und das rothe Ziegeldach kenntlich. Der trübe Himmel verhüllte mehrfach die ganze Stadt, deutlich aber sah man die Flammen lodern. Geschosse oder Sturm, denn so ist der heutige Wind zu nennen, hatten die Flammen bald an andere Stellen getragen. Die Anzündung Sonderburgs ist sachlich vollkommen gerechtfertigt. Nach guten Nachrichten war der größte Theil der Bewohner bereits längst geflüchtet und alles bewegliche Eigenthum geborgen. Sonderburg ist der Hauptwaffenplatz des Feindes und seine Basis für Düppel. Hier liegen seine Gießereien, Arsenale und Depots; Sonderburg ist jüngst nur eine Kaserne gewesen; aber sie ist auch das Thor, dessen Trümmer den Rückweg der Vertheidigungsarmee sperren. Selbst die englischen Freunde der Dänen geben dies zu.

Berlin, 7. Apr. Man schreibt der „Köln. Ztg.": „Die Ankunft des Hrn. Quaade und des Etatsraths Krieger in Lübeck auf der Reise nach London beweist, daß Dänemark für sein Theil die Konferenz zu verzögern nicht mehr in seinem Interesse erachtet. Hr. Quaade soll zuerst beabsichtigt haben, durch englische Vermittlung eine Art von freiem Geleit nachzusuchen, aber bedeutet worden sein, daß dies unnöthig sein werde. Die Vertreter Dänemarks wollen rechtzeitig in London eintreffen, um zu verhindern, daß die dort weilenden oder noch erwarteten Konferenzmitglieder nicht von anderer Seite für das Prinzip der Volksabstimmung gewonnen werden. Hr. Quaade ist als rechthaberisch und als ein Diplomat bekannt, der sich gern in Spitzfindigkeiten bewegt. Er wird die Arbeiten der Konferenz nicht fördern, und dies wird seinen Vortheil dadurch bewähren, daß sich die Grundlage des Friedens durch die in der Zwischenzeit zu erwartenden Fortschritte der deutschen Waffen zu Gunsten der Herzogthümer erweitern wird. Auch am Bunde bereitet man sich zu der Konferenz vor. Die preußische Zirkulardepesche an die Bundesregierungen ist, wie man hört, vom 29. März datirt und hebt als einen Erfolg hervor, daß die Konferenz ohne vorgängig festgestellte Basis eröffnet werden soll, dem Bund daher seine Freiheit der Entschließung gewahrt bleibe. Die Depesche empfiehlt dringend eine Betheiligung des Bundes. Mehrere Schriftstücke sollen als Anlagen beigefügt sein. Die österreichische, zu gleicher Zeit erlassene Depesche ist allem Anschein nach allgemeiner gehalten. In Wien ist man vornehmlich mit dem von Frankreich vertretenen Prinzip der Nationalitäten beschäftigt, das in seinen weitern Konsequenzen, wie man fürchtet, noch bedrohlicher für Oesterreich werden könnte, als für Dänemark. Die hiesigen offiziösen Widersprüche in Bezug auf Preußens Aeußerungen über die französische März-Depesche mögen zum Theil dem Wunsch, Oesterreich zu beruhigen, ihren Ursprung verdanken. Vielleicht war es aber doch vor einiger Zeit keine glückliche Taktik, die Rechtsbeständigkeit der holsteinischen Stände in Zweifel zu ziehen, da man jetzt, dem französischen Vorgehen gegenüber, gern Preußen die Initiative vindiziren möchte, mit der Versicherung, daß Preußen eine Befragung der Stände ja stets begünstigt habe. Preußens Vorbehalt bei der prinzipiellen Zustimmung zu der Idee, daß der Wunsch der Bevölkerung eventuell die Basis des Friedens bilde, soll sich theils auf die Befragung der Stände beziehen, theils, wo dies, wie vielleicht in Schleswig, sich unausführbar erweisen sollte, eine doppelte Wahl, wie bei unseren Kammern, im Auge haben. Die germanische Eigenthümlichkeit würde dadurch gewahrt! Für Holstein werden übrigens die bis jetzt erfolgten Kundgebungen nicht zu übergehen sein. Daß vor der definitiven Abstimmung in Schleswig ein Rückzug der Truppen sich empfehlen würde, erklärt auch die „Nordd. Allg. Ztg." im Prinzip für richtig und fügt die selbstverständliche Bemerkung hinzu, daß die Konferenz alsdann nothwendig erst die Einstellung der Feindseligkeiten abwarten müsse."

Berlin, 8. Apr. (W. T.-B.) Dem „Staatsanzeiger" wird unterm 5. (Dienstag) aus Apenrade berichtet: Die Dänen scheinen einen Ueberfall der Stadt beabsichtigt zu haben, da von einer kleinen feindlichen Flottille mit 1000 Mann an Bord 100 Mann in der Gjenner Bucht an's Land gesetzt wurden. Nachdem schleunigst noch in derselben Nacht Truppen dorthin gesandt worden waren, unterließ der Feind das beabsichtigte Unternehmen. — In Jütland haben die Preußen auf der Straße nach Horsens und bei Constantia, die Oesterreicher vor Fridericia einige Patrouillengefechte mit den Dänen bestanden.

Berlin, 8. Apr. (W. T.-B.) Die „Nordd. Allgem. Ztg." bringt einen offiziösen Artikel gegen die Insinuationen der englischen Presse, als sei von preußischer Seite Sonderburg als offene Stadt bombardirt worden, und weist darauf hin, daß Sonderburg von den Dänen selbst als Waffenplatz eingerichtet und behandelt wurde.

Berlin, 8. Apr. Die „Nation.-Ztg." erfährt aus Flensburg, daß die auf heute beabsichtigt gewesene Notabelnversammlung durch die österreichisch-preußischen Zivilkommissäre verboten worden ist.

◊ **Berlin,** 8. Apr. Vor kurzem ist eine Verstärkung der bei Düppel befindlichen preußischen Belagerungsartillerie angeordnet. In diesen Tagen wird von Spandau die zweite Festungskompagnie der Garde-Artilleriebrigade nach dem Kriegsschauplatz abgehen. Mehrere Offiziere und Mannschaften dieser Kompagnie haben sich nach Erfurt begeben, um dort 24-pfündige Geschütze in Empfang zu nehmen. Von Koblenz aus ist bereits vorgestern die dritte Festungskompagnie der 8. Artilleriebrigade mit 12 schweren Belagerungsgeschützen nach Düppel abgerückt. Diese Kompagnie hat sich durch Heranziehung von Mannschaften der andern Festungskompagnie ihrer Brigade auf Kriegsstärke gebracht. Zur Ausfüllung der dadurch entstandenen Lücke sind Reservisten einberufen worden. — Der Ministerpräsident

v. Bismarck hatte gestern Vormittag eine Unterredung mit dem brittischen Botschafter Sir A. Buchanan. Wie verlautet, sind von Seiten des englischen Kabinets hier auch auf diplomatischem Weg Reklamationen gegen die Beschießung von Sonderburg erhoben worden. Demselben soll eine sehr entschiedene Abfertigung zu Theil geworden sein. Die „Nordd. Allgem. Ztg." bringt heute Abend einen scharfen Artikel gegen dies ganze brittische Einmischungsmanöver. — Se. Maj. der König empfing gestern u. A. den aus Schleswig hier wieder eingetroffenen Geh. Rath Dr. Langenbeck und ertheilte später dem in außerordentl. Mission von München hier angekommenen königl. bayr. Generalleutnant v. d. Tann eine Audienz und nahm aus dessen Händen das Notifikationsschreiben über die Thronbesteigung Sr. Maj. des Königs Ludwig II. von Bayern entgegen.

Wien, 6. Apr. (W. T.-B.) Der Kaiser ist gestern mit dem Grafen Rechberg und Hrn. v. Schmerling nach Triest gereist, um die durch Annahme der mexikanischen Krone nothwendig gewordene Staatsakte mit Erzherzog Max persönlich zu vollziehen. Der Deputationsempfang in Miramare findet morgen, die Abreise Montag oder Dienstag statt.

Wien, 9. Apr. (Sch. M.) Die „Generalkorrespondenz" dementirt die Nachricht auswärtiger Blätter, die Regierung beabsichtige den Belagerungszustand in Venetien. — Heute wurde der dalmatinische Landtag in Zara aufgelöst.

Frankreich.

♁ **Paris**, 8. Apr. In London hofft man noch immer, daß die Konferenz am 12. d., wenigstens zu einer vorbereitenden Sitzung werde zusammentreten können. Vorbehaltlich einiger Modifikationen, insbesondere von Seite Frankreichs, Preußens und Schwedens, dürfte die Konferenz, wie folgt, zusammengesetzt sein: Für Oesterreich: Graf Apponyi und Baron v. Biegeleben. Für Rußland: Hr. v. Brunnow und v. Evers. Für Preußen Baron v. Bernstorff und Hr. v. Balan. Für Schweden: Graf v. Wachmeister und Baron v. Adelsward. Für den Bundestag: Hr. v. Beust. Für Frankreich: Fürst de la Tour d'Auvergne und Hr. Dotezac oder Hr. Prosper Faugère. Für Dänemark bekanntlich Hr. v. Quaade und Hr. Krieger. Für England: Graf Russell (Präsident) und Hr. Edme Hammond. Zu der Depesche des Hrn. Drouyn de Lhuys vom 20. März, in welcher die Verträge durch das Verlangen nach einer Volksabstimmung ganz und gar in den Hintergrund gedrängt sind, wurde den französischen Agenten im Auslande ein erläuterndes, weit weniger abstraktes Rundschreiben nachgeschickt. — Der französische Gesandte in Wien, Hr. v. Grammont, wird auf heute oder morgen in Paris erwartet, wo er, wie man sagt, nur wenige Tage verweilen wird. — Der „Moniteur" läßt sich heute eine, für die englische Kabinetsmodifikation sehr anerkennende und lobende Korrespondenz aus London schicken. Das offizielle Blatt erblickt im Eintritt der HH. Cardwell und Graf Clarendon nicht nur eine „wünschenswerthe Verstärkung des Ministeriums, sondern auch das Anzeichen von Projekten neuer Politik."

Nach Briefen aus Turin wäre eine Ministerkrisis nahe bevorstehend. Man nennt als bereits bezeichnet: Peruzzi für die auswärtigen Angelegenheiten, Spaventa Inneres, Allievi Ackerbau, Menabrea Marine. Jedenfalls wäre dies nur ein Uebergangskabinet. — Die Deputation, welche der Erzherzog morgen im Schloß zu Miramar empfangen soll, bringt die Wünsche von 23 mexikanischen Provinzen (25 bilden das mexikanische Reich). — Das 19. und 50. französische Linienregiment, welches Rom verlassen sollte, um nach Afrika zu gehen, hat Gegenbefehl erhalten. — Börse beim Mangel aller Nachrichten fest. Ohne die Geldbesorgnisse wäre selbst Hausse zu erwarten. Der Metallvorrath der Bank, im vorigen Jahr über 300 Millionen, ist kaum 220 Millionen. Rente bleibt 66.15, Mob. 1051.25.

Dänemark.

Kopenhagen, 6. Apr. Das Kriegsministerium berichtet:

5. April, Vormittags: Das Artilleriefeuer gegen die Düppeler Stellung wurde gestern lebhaft fortgesetzt, während dagegen die Beschießung Sonderburgs aufgehört hat. An dem nördlichen Theile des Alsener Sundes hat der Feind mehrere Batterien errichtet und aus einer derselben bei Petersdal gestern Morgen auf die im Stegsvig (Meeresbucht westlich des Städtchens Norburg auf Alsen) liegenden Kriegsschiffe ein heftiges Feuer eröffnet. Unweit Ballegaard hat man den Transport eines Pontontrains bemerkt.

Den 5. April, Mittags: Das Oberkommando meldet Vormittags 10½ Uhr, daß die Artillerie des Feindes während der Nacht und des Morgens schwieg. Auf den Vorposten hat sich nichts zugetragen. Gestern sind 17 Verwundete nach den Ambulanzen eingebracht worden. Vor Fridericia ist in den letzten 24 Stunden nichts vorgefallen.

Aus Sonderburg wird berichtet, daß am 2. d. eine Granate in das Bureau des Generalstabes fuhr, jedoch durch den Fußboden des Zimmers nach dem Keller hindurchschlug, so daß auf diese Weise die auf dem Bureau arbeitenden 10 Offiziere unversehrt blieben. Eine zweite preußische Spitzgranate richtete dagegen großes Unheil an, indem dieselbe in eine Kolonne des 16. Infanterieregiments einschlug, als dieses eben zum Vorpostendienst nach Düppel abmaschiren wollte, und 2 Mann tödtete und 17 verwundete.

Die „Berling. Ztg." veröffentlicht zur Rechtfertigung des Generalleutnants v. Hegermann-Lindencrone gegen die Beschuldigung der Eiderdänen, daß derselbe jeder Gelegenheit, sich mit dem Feind zu messen, ausgewichen sei, eine längere Korrespondenz aus Jütland, in der die fast unbeschreibliche Erschöpfung des 4. Armeekorps nach dem Rückzug aus dem Dannewerk als Motiv jenes Entschlusses bezeichnet wird. — Der Kronprinz ist gestern aus Jütland wieder hier angekommen. König Christian IX. feiert übermorgen sein Geburtsfest in aller Stille. Vormittags wird derselbe auf der Christiansburg die Mitglieder der drei ersten Rangklassen empfangen, den übrigen Theil des Tags dagegen im engern Kreis der königlichen Familie zubringen, die sich in der tiefsten Trauer befindet, da morgen die Beisetzung der Landgräfin Luise Charlotte, Mutter der Königin, stattfinden soll. — Die Dampfkorvette „Heimdal" hat hier den auf offener See von ihr angehaltenen „Amphion", welcher früher der englischen Kriegsmarine angehörte, als Prise eingebracht. Der Kapitän des „Amphion" behauptet zwar, nach Kopenhagen ausklarirt zu haben, ohne aber hier damit Glauben zu finden. Die Sache ist zur Entscheidung vor das Prisengericht gebracht; man vermuthet nämlich, daß der „Amphion" eigentlich nach Preußen bestimmt gewesen sei, um dort dem Marinekommando zum Ankauf offerirt zu werden.

Kopenhagen, 6. Apr., 4 Uhr Nachmittags. (Hamb. Nachr.) Offiziell wird gemeldet: Die Beschießung Sonderburgs hat gestern Nachmittag wieder angefangen, besonders gegen den südlichen Stadttheil, das Schloß und den Hafen, doch ohne wesentlichen Schaden. Den Alsener-Sund entlang sammelt der Feind immer mehr Artillerie.

Gestern Abend griff der Feind unsere Vorposten am linken Flügel an und warf dieselben zurück. Hierauf entspann sich ein Infanteriegefecht, während dessen es dem Feinde gelang, ein Stück Parallele mit voranliegenden Schützengräben vor unserm linken Flügel, ungefähr 1000 Ellen von den Schanzen, zu vollenden. Bei Tagesanbruch besetzten unsere Truppen wieder ihre Schützengräben. Unser Verlust ist nicht bedeutend; jedoch sind 3 Offiziere gefallen (Kapitän E. Hansen vom 10. Regiment, Oberleutnant W. Ravn und Unterleutnant Jensen vom 5. Regiment).

Großbritannien.

* **London**, 6. Apr. Die Cour, welche die Königin heute im Buckinghampallaste abhalten sollte, ist auf den nächsten Samstag verschoben. Die „Times", welche diese Nachricht bringt, sagt in einer Notiz, welche das Aussehen einer offiziösen Mittheilung hat:

Allgemein scheint die irrige Vorstellung zu herrschen, daß die Königin im Begriff sei, die Stellung in der Gesellschaft, welche sie vor ihrer großen Trübsal inne hatte, wieder einzunehmen; daß sie wieder Levers und Drawingrooms in eigener Person halten, wie vorher bei Hofbällen, Konzerten u. s. w. erscheinen werde. Dieser Idee kann nicht ausdrücklich genug widersprochen werden. Den Wunsch ihrer Unterthanen, sie zu sehen, weiß die Königin von Herzen zu würdigen, und was sie nur immer thun kann, um diesem loyalen und gemüthvollen Wunsch zu willfahren, wird sie thun. Ihre Majestät wird keiner Anstrengung und keinem noch so schmerzlichen persönlichen Opfer aus dem Wege gehen, wie sie dies nie gethan hat. Aber es gibt andere und höhere Pflichten, als die der bloßen Repräsentation, — Pflichten, die der Königin jetzt allein zufallen, bei denen ihr Niemand zur Seite steht und welche sie ohne Nachtheil für den Staatsdienst nicht vernachlässigen darf. Die Königin hat sich gewissenhaft bemüht, diesen Aufgaben gerecht zu werden, bis ihre Gesundheit und Kraft, schon durch ihr tiefes und unvergeßliches Unglück erschüttert, ernstlich gelitten hat. Wenn man ihr nun außerdem noch zumuthet, sich der Mühsal jener bloßen Staatszeremonien, die von andern Mitgliedern der Familie eben so gut besorgt werden können, zu unterziehen, so verlangt man von ihr, daß sie Gefahr laufe, ihre Kraft zur Erfüllung jener andern und höhern Pflichten zu verlieren. Die Königin wird jedoch thun, was sie kann, so weit es ihre Gesundheit, Kraft und Stimmung nicht zu sehr angreift, um den loyalen Wünschen ihrer Unterthanen entgegen zu kommen, und der Gesellschaft, sowie dem Gewerbfleiß die verlangte Aufmunterung und Unterstützung angedeihen zu lassen. Mehr kann die Königin nicht thun; und mehr wird ihr gutes und anhängliches Volk sicher nicht von ihr verlangen.

* **London**, 7. Apr. Aus der 5. Lieferung des Blaubuchs über die dänisch-deutsche Angelegenheit.

Auf die erste nach Berlin gelangte Nachricht vom deutschen Einmarsch in Jütland begab sich Sir A. Buchanan zu Hrn. v. Bismarck und hatte eine Unterredung mit ihm, über die er in einem als „Auszug" bezeichneten Schreiben vom 20. Febr. berichtet:

„Se. Excell. sagte, die Nachricht habe die größte Unzufriedenheit des Königs erregt, da Se. Majestät dem Marschall Wrangel am 15. d. Weisungen zugesandt, in denen ausdrücklich gesagt war, daß keine Truppen ohne Befehl Sr. Majestät die Grenze überschreiten sollten; und da aus dem Hauptquartier eine Depesche vom 18. angelangt sei, des Inhalts, daß diese Befehle den vorgeschobenen Posten der Armee nicht rechtzeitig genug zugekommen seien, um ihren Eintritt in Jütland zu verhindern, sei Marschall Wrangel aufgefordert worden, zu erklären, warum Befehle, die er am 16. d. erhalten haben mußte, den Vortrab der Armee nicht vor dem 18. erreicht hätten. Ich fragte, ob man die Truppen zurückrufen werde, und Se. Excell. erwiederte, er glaube, daß, obgleich die Bewegung eine vorzeitige gewesen, Befehl ergehen werde, nicht nur das schon besetzte Gebiet zu halten, sondern daß sie später Weisung empfangen würden, von Zeit zu Zeit, so wie die dänischen Kreuzer preußische Schiffe aufbrächten, weiter vorzurücken. Se. Excell. sagte, man könne nicht verlangen, daß Preußen sich in zahmer Geduld seine Schiffe wegnehmen und seine Häfen blokiren lassen sollte, während es sich für solche Verluste durch Erhebung von Kontributionen in Jütland Ersatz verschaffen, von diesem Mittel dagegen in Schleswig, das seine Truppen zum Schutz der Bevölkerung gegen dänischen Druck betreten hätten, keinen Gebrauch machen könne.

Am 21. Febr. hat Sir A. Buchanan abermals eine Unterredung über diesen Gegenstand mit Hrn. v. Bismarck. Der Bericht darüber ist wieder ein „Auszug" und sagt: Hr. v. Bismarck bemerkte, der Marschall habe ursprünglich den Auftrag gehabt, Schleswig zu besetzen und im Fall eines Widerstandes jede ihm für die Sicherheit der Armee nöthig scheinende militärische Maßregel zu ergreifen. Aber, sagte ich, ein Offizier, der in einem Lande Krieg führt, kann nicht das Gebiet eines andern und neutralen Staates besetzen, um für die Sicherheit seiner Armee zu sorgen; und kraft der vorhergegangenen Erklärungen Oesterreichs und Preußens befinde sich Jütland, dem jetzigen Kampfe gegenüber, in der Lage eines neutralen Staates. Hr. v. Bismarck erwiederte, daß dies der Fall gewesen sein würde, wenn die dänische Regierung die österreichisch-preußische Besetzung Schleswigs angenommen und nicht Befehl erlassen hätte, deutsche Schiffe zu fangen und deutsche Häfen zu blokiren; da aber Dänemark thatsächlich im Kriege mit Preußen sei, so könne dieses sich in seiner Aktion nicht auf Feindseligkeiten zur Besetzung Schleswigs beschränken. Es werde daher der Befehl ergehen, ganz Jütland zu besetzen, und Deutschland werde es besetzt halten, um ein Mittel zur Entschädigung für die von dänischen Kreuzern aufgebrachten deutschen Schiffe in Händen zu haben; sollte aber Dänemark die provisorische Besetzung Schleswigs durch Oesterreich und Preußen anerkennen und die genommenen Schiffe herausgeben, so würden die preußischen Truppen Jütland räumen.

Dagegen schreibt Lord Bloomfield am 23. Febr., daß Graf Rechberg die Ueberschreitung der jütischen Grenze bedauere, jedoch hoffe, die Alliirten würden nicht über Kolding hinausgehen.

Die Aeußerungen, die in diesem Theil des Blaubuchs in Unterredungen zwischen den englischen Gesandten und den Ministern Oesterreichs und Preußens über die Stellung des Prinzen von Augustenburg vorkommen, lauten ziemlich ungünstig für den „Prätendenten", wie er in England heißt. So schreibt Lord Bloomfield am 18. Febr., Graf Rechberg habe ihm versichert, daß man in Schleswig selbst gegen den Prinzen allgemein sehr gleichgiltig sei; ohne die Thätigkeit, welche die Agenten einiger kleinen deutschen Regierungen entwickelten, würde man über den Prinzen kaum sprechen hören; aber sobald einer jener agitirenden Agenten, die im Rücken einer vorrückenden Armee operiren, zwei oder drei unbedeutende Leute zusammen zu bringen und vermögen Vivat zu schreien, werde gleich nach allen Ecken und Enden Deutschlands telegraphirt, daß der Prinz proklamirt worden sei. Nicht viel besser klingen die Wiener und Berliner Aeußerungen über die Politik der deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Am 20. Febr. schildert Sir A. Buchanan ein Gespräch mit Hrn. v. Bismarck über General Manteuffel's Sendung nach Dresden, und schließt mit den Worten: Ich fragte Hrn. v. Bismarck, was er thun würde, falls der Bundestag sich weigern sollte, die Bundestruppen aus Holstein abzurufen; und aus seiner Antwort scheint hervorzugehen, daß, wenn Oesterreich darein einwilligen will, daß sie mit Gewalt zum Abziehen gebracht werden, Preußen gern bereit ist, zu dieser äußersten Maßregel zu greifen. — Hr. Murray in Dresden berichtet am 2. März, daß General Manteuffel allem Anschein nach einen drohend gehaltenen Brief des Königs von Preußen überbracht habe, obgleich er die verschiedenen damals verbreiteten Gerüchte von einer möglichen Besetzung Dresdens, von der Absendung der Kronjuwelen nach dem Königstein u. s. w. für arge Uebertreibung zu halten geneigt sei. — Am 4. März schreibt Hr. Murray: Wegen des der allgemeinen Meinung nach drohend gehaltenen Schreibens des Königs von Preußen an den König von Sachsen habe ich mich gestern bei Hrn. v. Beust erkundigt. Ich bat ihn, mir darüber mitzutheilen, was er mittheilen zu dürfen glaube. Se. Excell. sagte mir, daß er das Schreiben gesehen habe, und obgleich der König von Preußen darin sein Bedauern darüber ausgesprochen habe, daß die sächsische Regierung nicht die Meinungen, zu denen er gelangt sei, theile, und nicht die Maßregeln gutheiße, die er in Bezug auf die schleswig-holsteinische Frage zu ergreifen sich gezwungen sehe, so sei der Ton des Schreibens doch vollkommen artig und freundschaftlich. Am Schluß bediente sich Se. Excell. der Worte: „Il n'y avoit pas l'ombre de menace ni de pression". — [Diese Depesche Murray's ist, wie so viele andere, die aus Berichten über Unterredungen bestehen, mit dem Beisatz „Auszug" überschrieben.]

Uebrigens wiederholen sich in den Depeschen der englischen Gesandten in Wien und Berlin bei jeder Gelegenheit — d. h. so oft ein Entschluß gefaßt oder ein Schritt gethan worden ist, der in den Augen der englischen Regierung allzu entschieden und national deutsch aussieht — die Versicherungen, daß die deutschen Großmächte aus wohlgegründetem Respekt vor der öffentlichen Meinung Deutschlands handeln, daß in der schleswig-holsteinischen Frage solche Einheit der Volksansichten herrsche, daß mit dem Volke nicht zu scherzen sei und eine Revolution keine Unmöglichkeit wäre.

Nicht uninteressant ist folgende kleine Depesche von Hrn. Elliot aus Turin, 24. Febr.: Die Zeitungen haben unlängst gemeldet, die italienische Regierung habe sich angeblich erboten, Dänemark zu Hilfe zu kommen. Hr. Visconti Venosta und Hr. Minghetti haben beide gegen mich des Gerüchtes erwähnt, mit dem Beifügen, daß es eines ernsten Widerspruchs gar nicht bedürfe.

* **London**, 7. Apr. Auf der Tagesordnung der heutigen Parlamentssitzung stehen unter Anderm eine Anfrage Sir Harry Verney's, ob der bevorstehenden Konferenz über die deutsch-dänische Angelegenheit auch ein Vertreter der Interessen der Bewohner von Holstein und Schleswig beiwohnen werde, und eine Anfrage Hrn. Onslow's, ob das Kriegsministerium auf die ungeheure Ueberlegenheit der preußischen Zündnadelgewehre, wie sie sich in dem dänischen Feldzug erwiesen habe, aufmerksam geworden sei.

Die „Morn.-Post" bringt wieder einen äußerst bittern Artikel gegen die Deutschen. Wir lassen die reichlich ausgesäten Invektiven auf sich beruhen und erwähnen nur das Eine, daß die „Post" alle Bande, welche früher zwischen England und Deutschland bestanden hätten, für nun und ewig zerrissen erklärt. Es sei kaum zu hoffen, daß die Konferenz zu irgend einem Ziel führen werde. Aber selbst angenommen, sie werde eine endgiltige Beilegung der schleswig-holsteinischen Frage und die Beendigung des Krieges erreichen: nie und nimmermehr könne sie in den Augen Europa's die barbarische Art und Weise, wie der Krieg geführt worden (!), rechtfertigen; nie die Flecken des nutzlos vergossenen Blutes von der deutschen Politik abwaschen; nie die Entrüstung, mit welcher das englische Volk auf Deutschlands Verfahren hinblickt, herabstimmen. „Mit den sympathischen Gefühlen, die aus verschiedenen Gründen und zumal auf Grund der mehrfachen Verschwägerungen der Fürstenfamilien England und Deutschland aneinander gekettet haben, mit diesen Gefühlen ist es nun aus und keine Konferenz kann sie wieder ins Leben rufen." Den Schluß des Artikels bilden drohende Hinweisungen, daß auch die längste Geduld einmal brechen könne. Es sei gewiß an der Zeit, etwas zu thun, damit diesem schrecklichen Angriff ein Ziel gesetzt werde.

Auf die Bitte des Londoner Komitee's hat Garibaldi seine Ankunft in der Hauptstadt von Samstag auf den nächsten Montag verschoben. Dem bekannt gemachten Programm des Komitee's zufolge wird der General um ½3 Uhr Nachmittags an der Station der Süd-Westbahn eintreffen, dort von den Komitees der Arbeiter, der City und der hiesigen Italiener empfangen und auf eine für die Gelegenheit errichtete Plattform geführt werden, wo er die Adresse der 3 Deputationen entgegennehmen wird. Darauf wird er in dem Wagen des Herzogs von Sutherland, begleitet von dem Festzug, nach Staffordhouse, der Wohnung des Herzogs, fahren. Das Wetter, welches Garibaldi hier in England angetroffen, ist leider ein abscheuliches; es stürmt, regnet und schneit zur Ab-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wechslung, und so wird er von den landschaftlichen Schönheiten der Insel Wight wenig Genuß haben.

London, 9. Apr. (Sch. M.) Im Unterhaus antwortete gestern Lord Palmerston auf eine Anfrage Sir H. Vernet's: Die Interessen der Elbherzogthümer seien auf der bevorstehenden Konferenz dreifach (??) vertreten: durch einen Vertreter ihres Königlichen Souveräns (!), durch die deutschen Großmächte und hoffentlich auch durch einen Vertreter des Bundestags. B. Osborne kritisirte die Regierungspolitik und spottete über die programmlose Konferenz. Lord Palmerston: Die Regierung erstrebe konsequent die Aufrechthaltung des Londoner Vertrags. Die Konferenz werde hoffentlich die Differenz ausgleichen und den Kampf beendigen. Um dem Bundestag eine Frist zur Erwägung einzuräumen, sei der Zusammentritt der Konferenz bis zum 20. April hinausgeschoben; wofern bis dahin kein Entschluß erfolgt sei, werde sie dann ohne Vertreter des Bundes zusammentreten.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 9. Apr. 30. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey; Geh. Referendär Cron.

Nach Eröffnung der Sitzung werden folgende Petitionen angezeigt:

1) Bitte der Metzgermeister von Durlach um vollständige Aufhebung der Fleischaccise; übergeben vom Abg. Wahrer.

2) Bitte der Gemeinden Breitnau und Steig, die Erbauung der Höllenthalbahn betr.; übergeben vom Abg. Meyr.

Der Präsident theilt mit, daß von den Abtheilungen folgende Kommissionen gewählt wurden: für die Bankvorlage die Abgg. Moll, Pickford, Achenbach, Lenz, Walli; Kommission für die im Ständehaus vorzunehmenden Bauveränderungen: Dietz, Kimmig, Ziegler, Kuntz, Schaaff.

Auf den Antrag des Abg. v. Stockhorn wird die Bankkommission in nächster Sitzung um 4 weitere Mitglieder verstärkt werden.

Abg. Schubert erhält einen 14-tägigen Urlaub. Abg. Roßhirt zeigt den druckfertigen Bericht über das Notariatsgesetz an.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Kusel erstatteten Berichts über das Budget des Ministeriums des Innern, Tit. I bis IX und XVII.

Die in dem Bericht vorausgeschickten allgemeinen Erwägungen finden unsere Leser in der heutigen Beilage.

Zunächst erhält der Berichterstatter Kusel das Wort, um über einige im Bericht unterlaufene Fehler zu berichten.

Abg. Walli ist nicht ganz mit der einleitenden Begründung des Berichts einverstanden. Die Budgetkommission habe nach zwei Seiten hin die Regierungsforderungen beschnitten, indem sie die Zahl der Beamten und dann auch die Besoldungen vermindert habe. Redner weist auf die hohe Bedeutung des Beamtenstandes und auf die Nothwendigkeit hin, demselben eine angemessene pekuniäre Stellung zu gewähren. Eine eingehende Erwägung der Verhältnisse, besonders die Rücksicht auf eine entsprechende Besoldung der Beamten, werden ihn veranlassen, verschiedene von der Kommission gestrichene Posten zur Wiederherstellung zu beantragen.

Abg. Schaaff spricht sich ebenfalls gegen die ängstliche Sparsamkeit der Kommission aus, und erklärt, die Regierungsforderungen unterstützen zu wollen.

Abg. Fischler kann sich mit einem Theil des Berichts nicht einverstanden erklären. Die Verminderung der Beamten ist Folge der Aufhebung verschiedener Amtssitze, womit die Bevölkerung nicht einverstanden ist.

Abg. Prestinari: Die neuen Organisationen sind nicht vereinbart worden, um Budgetersparnisse eintreten zu lassen; wenn daher die Ansätze der Budgetkommission unter das billige Maß heruntergingen, so wäre er mit der Erhöhung einverstanden; in dieser Beziehung aber sind spezielle Nachweisungen abzuwarten.

Staatsrath Lamey: Durch die Verwaltungsorganisation wird nicht nur kein Mehraufwand, sondern in gewisser Beziehung sogar eine Ersparniß erzielt werden. Auch sind manche Erhöhungen ganz unabhängig von der Einführung der Organisation, auch ohne diese wären sie gefordert worden.

Die großh. Regierung kann sich rühmen, daß sie bei ihren Forderungen mit einer gewissen Bescheidenheit aufgetreten ist. Die Budgetkommission hat in dieser Beziehung die Regierung in eine einigermaßen schlimme Lage versetzt, indem es peinlich ist, wenn von bescheidenen Forderungen noch etwas abgeknappt wird, das führt dahin, daß man der Budgetkommission etwas vorschlagen muß, damit sie streichen kann.

Die vom Abg. Fischler bedauerte Aufhebung der Aemter ist eben eine nothwendige Maßregel, da die Zeitverhältnisse, der erleichterte Verkehr die größere Zahl als überflüssig erscheinen lassen.

Abg. Moll nimmt die Budgetkommission gegen die vom Abg. Schaaff gemachten Vorwürfe in Schutz.

Im Uebrigen erklärt sich Redner vollständig mit Dem einverstanden, was der Abg. Walli über die Stellung und hohe Bedeutung der Beamten gesagt habe; man solle der Zeit und der Bedeutung der Beamtenstellung Rechnung tragen, aber auch bedenken, daß eine geringe Aufbesserung in einem einzelnen Posten, wenn sie in der ganzen Staatsverwaltung nachgeahmt wird, zu bedeutenden Summen anschwillt.

Abg. Kirsner vertheidigt den Standpunkt der Budgetkommission, die bei aller billigen Rücksicht auf die Besserstellung der Beamten doch auch die Sorge für die Steuerzahlenden in's Auge fassen müsse.

Abg. v. Feder: Er sei, wenn auch dem Beamtenstande nicht angehörig, doch mit den von dem Abg. Walli entwickelten Ansichten einverstanden. Redner erklärt sich für eine Verminderung der Beamtenzahl, da mit der Einführung der Verwaltungsorganisation weitere Arbeitskräfte in den Bezirksräthen geschaffen werde, auch eine Verminderung des Schreibereiwesens eintreten könne. Dagegen müsse dann der einzelne Beamte auch anständig besoldet werden. In dieser Beziehung sind die hier von der Regierung geforderten Beträge durchaus nicht übermäßig, und er werde ihnen gegenüber den von der Budgetkommission beantragten Strichen zustimmen.

Abg. Fauler hat das Vertrauen, daß die Regierung ihre Forderungen gewissenhaft geprüft habe; das bestimme ihn, denselben, wo sie von der Regierung aufrecht erhalten werden, zuzustimmen.

Abg. Schaaff: Einen Vorwurf habe er der Budgetkommission nicht machen wollen, er halte nur ihre Auffassung für eine irrige. Man solle die Schwierigkeiten der Einführung der Organisation nicht noch dadurch vermehren, daß man die Beamten zu knapp behandelt.

Abg. Muth: Bei Berathung des speziellen Theils wird sich zeigen, daß die von der Budgetkommission gestellten Anträge begründet. So wie die Sache jetzt liegt, kann zwar die Organisation ohne Steuererhöhung eingeführt werden, aber wir müssen erwägen, ob der nothwendige Aufwand nachhaltig, also auch in ungünstigeren Finanzperioden ertragen werden kann. Man kann viel leichter nachbewilligen, wenn sich später ein Mangel zeigt, als beschränken.

Abg. Federer: Bezüglich der höheren Besoldungen wenigstens wird es sich empfehlen, den sparsameren Ansichten der Budgetkommission beizustimmen.

Abg. Roßhirt: Die Beamtenbesoldungen sind zwar in der letztern Zeit aufgebessert, aber nicht im Verhältniß zu dem allgemeinen Steigen der Lebensbedürfnisse.

Abg. Lamey (Pforzheim) behält sich vor, in einzelnen Punkten mit der Regierungsvorlage, in anderen mit der Kommission zu gehen.

Abg. Kirsner macht einige kurze Bemerkungen gegen die Auffassung des Abg. Schaaff.

Abg. Röder: Er sei für die Striche an der Zahl der Beamten und an der Besoldung der höheren Angestellten, aber gegen den Strich an den Besoldungen des Balleipersonals, die er durchaus nicht für gerechtfertigt halte, schon in der Kommission gewesen.

Staatsrath Lamey: Die Zahl der Verwaltungsbeamten wird nicht mehr so groß sein, daß sie noch einer Beschränkung fähig wäre.

Die allgemeine Diskussion wird geschlossen.

Berichterstatter Kusel vertheidigt die Budgetkommission gegen die gemachten Einwendungen. Es folgt die Spezialdebatte.

Tit. I. Ministerium. §. 1. Besoldungen: Nach den mündlichen Auseinandersetzungen des Berichterstatters Kusel sollen zunächst für den ersten Theil der Periode die bisherigen Ansätze bleiben, womit sich die Kammer einverstanden erklärt.

Für die Zeit nach Einführung der Organisation werden verschiedene Erhöhungen beantragt. Der Kommissionsbericht bemerkt hierüber:

„Bei dem Ministerium des Innern, dessen Chef mehr als irgend ein anderer Ministerialvorstand persönlich in Anspruch genommen ist, erscheint es nothwendig, daß ein vorsitzender Rath aufgestellt sei, welcher bei Verhinderung des Ministerialpräsidenten den Vorsitz in den Sitzungen führt und die laufenden Geschäfte erledigt. Demgemäß finden wir es auch ganz in der Ordnung, daß dieser vorsitzende Rath die seiner Stellung angemessene Besoldung von 3200 fl. und nicht theilweise einen Funktionsgehalt beziehe.

Was die Besoldungen der Ministerialräthe betrifft, so wollen wir gegen die beantragte Erhöhung von 600 fl. des geringen Betrages wegen nichts erinnern, wiewohl der Besoldungsdurchschnitt der Räthe des Ministeriums des Innern höher ist, als derjenige aller andern Ministerien.

Das Kanzleipersonal des Ministeriums des Innern bestand seither an besoldeten Mitgliedern aus 3 Sekretären, 3 Revisoren, 2 Registratoren, 1 Expeditor und 1 Kanzlisten.

Hiezu sollen nun noch 1 Sekretär, 2 Revisoren, 1 Registrator (und zwei Kanzleigehilfen) kommen. Wir haben bereits unsere Zweifel über eine erhebliche Vermehrung der Geschäfte dieses Ministeriums ausgesprochen und können uns namentlich nicht erklären, warum jetzt, wo ein Theil des Rechnungswesens an den Verwaltungshof überwiesen ist, noch 2 weitere Revisoren, und, ohne daß eine größere Menge von Akten voraussichtlich, ein weiterer Registrator nöthig sein sollte. Nur in einer Richtung, nämlich wegen des Gemeinderechnungswesens bezüglich der Oberaufsicht über dasselbe, könnten wir die Anstellung eines Revisors beantragen. Von dem Grundsatze ausgehend, daß die Zahl der Staatsdiener so wenig als möglich vermehrt werden solle, halten wir uns verpflichtet, zu beantragen, daß unter Besoldung nur ein Revisor mit 1200 fl. aufgenommen, dagegen ein Sekretär, ein Revident und ein Kanzlist auf die Gehalte übertragen werden."

Bezüglich der Sekretäre wird der Kommissionsantrag angenommen.

Bezüglich der Revisoren beantragt Abg. Bausch die Herstellung des Regierungsentwurfs.

Bei der Abstimmung erklärt sich jedoch der Präsident, da sich Stimmengleichheit ergibt, für den Kommissionsantrag, der hiermit angenommen ist.

Bezüglich des Registrators und Kanzlisten wird der Kommissionsantrag angenommen.

Für Bureauaufwand werden statt der geforderten Vermehrung nach dem Kommissionsantrag 300 fl. bewilligt.

Tit. II. Landeskommissäre. Die Kommission glaubt nicht zu irren, daß die Zahl von 4 Landeskommissären ungefähr den 4 bisherigen Kreisen des Landes entsprechend gewählt sei und daß dieselben daher etwa in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz ihren Wohnsitz nehmen sollen. Gegen die Besoldung von 2500 fl. erinnert die Kommission nichts, dagegen hält sie einen Funktionsgehalt von 500 fl. statt 1000 fl. für genügend.

Abg. Walli beantragt, vom Abg. Spohn unterstützt, die Wiederherstellung des Regierungsentwurfs, welche auch Staatsrath Lamey befürwortet.

Abg. Kirsner vertheidigt den Kommissionsantrag.

Abg. v. Feder gibt zu bedenken, ob nicht die Zahl von 3 Landeskommissären hinreichend sein würde.

Abg. Roßhirt stimmt Dem bei und erklärt sich gegen Walli's Antrag.

Berichterstatter Kusel empfiehlt den Kommissionsantrag, der auch schließlich angenommen wird. Ebenso werden die für die 4 Landeskommissäre geforderten 4 Sekretäre mit einer Durchschnittsbesoldung von 1200 fl. genehmigt.

Auch die Anforderung eines Gehalts von 600 fl. für einen Kanzleigehilfen, welcher zugleich die Registratur besorgt, sowie von 200 fl. für Aushilfe, also im Ganzen für 4 Kommissäre 3200 fl., sowie 300 fl. Bureauaversum (statt der geforderten 400 fl.) und 200 fl. für einen Bureaudiener wird angenommen. Ebenso wird gegen die Ansätze für Diäten und Reisekosten der Landeskommissäre, 11 fl. täglich, wovon 6 fl. als Diät eines Ministerialrathes, dem der Landeskommissär im Rang gleichstehen soll, und 5 fl. für Reiseauslagen, nichts erinnert.

Tit. III. Verwaltungs-Gerichtshof. Besoldungen. Statt der von der Regierung geforderten 6 Räthe mit einer Durchschnittsbesoldung von 2200 fl. beantragt die Kommission nur 5 Räthe, und zwar zu nur 21,000 fl., zu bewilligen. Ebenso setzt sie die Besoldung des Präsidenten von 4000 fl. auf 3500 fl., die des Registrators von 1400 fl. auf 1200 fl. herab, streicht den einen der beiden geforderten, mit einer Durchschnittsbesoldung von 1200 fl. anzustellenden Sekretäre. Gegen die weiter geforderte Besoldung eines Expeditors zu 1200 fl. wird nichts erinnert.

Abg. Walli beantragt, vom Abg. Roßhirt unterstützt, bezüglich der Besoldung der Räthe die Herstellung der Regierungsforderung, welche auch Staatsrath Lamey als gerechtfertigt begründet. Abg. Schaaff unterstützt den Antrag Walli's und beantragt, vom Abg. Walli unterstützt, die Bewilligung des sechsten Raths.

Berichterstatter Kusel gibt Namens der Budgetkommission die Erklärung, daß sich die Kommission mit der von der Regierung geforderten Besoldung von 22,000 fl. einverstanden erkläre, ferner statt des gestrichenen Sekretärs auf dem Gehaltsetat einen Referendär mit 700 fl. bewillige. Mit diesen Anträgen erklärt sich die Kammer einverstanden; ebenso werden die übrigen Vorschläge der Kommission, mit Ablehnung der entgegenstehenden Anträge, angenommen. Von der Kommission wird weiter die Anstellung von 2 Kanzleidienern für überflüssig erklärt und daher bei dem Gehaltsetat eine Minderung von 575 fl. beantragt, ebenso blos 1500 fl. (statt 1800 fl.) Bureauaversum bewilligt, womit sich die Kammer einverstanden erklärt.

Die Fortsetzung der Berathung wird auf Montag verschoben und die heutige Sitzung um ½2 Uhr geschlossen.

†† Karlsruhe, 9. Apr. 31. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 11. April, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung des Berichts der Budgetkommission über das ordentliche Budget des großh. Ministeriums des Innern (Tit. I – IX und XVII); erstattet von dem Abg. Kusel. 3) Verstärkung der Kommission zu dem Gesetzentwurf, die Verleihung des Rechts zur Ausgabe von Banknoten an die badische Bank betreffend.

Vermischte Nachrichten.

— Tübingen, 7. Apr. Am 4. d. stand vor den Schranken des hiesigen Schwurgerichts der Raubmörder Christof Friedrich Kull, lediger Flößer von Neusatz, O.A. Neuenbürg. Diesem übelberüchtigten, im 23. Lebensjahr stehenden, seither an ein gutes, kostspieliges Leben gewöhnten Angeklagten, beurlaubten Soldaten des 4. Infanterieregiments, stand in neuerer Zeit das Prädikat des Leichtsinns und der Faulheit zur Seite, welche Eigenschaften ihn in Schulden brachten, durch die er endlich seine Zuflucht zum Verbrechen nahm und auf dem Weg des letztern in Diebstahl und Raub verfiel, wodurch er sich um jeden Preis Geld verschaffen wollte. Nachdem sich derselbe in einigen Fällen, theils vorausgehend, theils nachfolgend, Raubmord-Versuche zur Schuld gebracht hat, die er je mit den einleitenden Worten: „ich bin dein Tod", begleitete, die ihm aber mißglückten, sollte die Drohung in dem jetzigen Fall wahr werden. Am 9. Dez. 1863, auf dem durch den Wald führenden Fußweg zwischen Huchenfeld und Unter-Reichenbach, hat der Angeklagte mit vorbedachtem Entschluß, den 62 Jahre alten, auf dem Heimweg von Stuttgart, woselbst er für seine Gemeinde Geschäfte zu besorgen hatte, über Pforzheim begriffenen Schultheißen Schöllhammer von Altbulach, O.A. Calw, bei dem er Geld vermuthete und mit dem er absichtlich laufen wollte, zu tödten und zu berauben, denselben mittelst eines etwa zwei Faust großen Steins unversehens von der Seite her wiederholt an den Kopf geschlagen, ihn hernach in eine Schlucht hinabgestürzt, ihm daselbst abermals einen Stein an den Kopf geworfen und in dieser Weise seine That so lange fortgesetzt, bis ihm der Tod Schöllhammer's zur Gewißheit geworden ist. Sodann hat der Mörder seinem Opfer das Geld und andere verschiedene Habseligkeiten, die dieser bei sich getragen, abgenommen und sich zugeeignet. Letztere sind zu 28 fl. geschätzt; das Geld mag etwa in der Hälfte dieses Betrags bestanden haben.

Schon in der Voruntersuchung hat der Angeklagte ein unumwundenes Geständniß dieser seiner Blutthat abgelegt, wie er denn auch bei seiner Einlieferung an den Sitz des Schwurgerichts geäußert, wenn ihn der Arm der Gerechtigkeit nicht kürzer mache, so werde er selbst dies thun, da er keine Freude an längerm Leben mehr habe und man mit ihm anfangen könne, was man wolle. Bei der heutigen Vernehmung des Angeklagten werden die frühern Angaben in der Voruntersuchung wiederholt. Der Angeklagte, dem der Rechtskonsulent Etter von Rottweil als Vertheidiger zur Seite steht, verzichtet aber auf die förmliche Verhandlung der Sache vor Geschworenen. Der Hof fällte hierauf das Urtheil, welches wegen Mords auf Todesstrafe mittelst Enthauptung lautete. Der Verurtheilte hat die Eröffnung desselben ohne sichtbare Rührung hingenommen.

— Mainz, 7. Apr. Prof. Klein veröffentlicht heute im Wochenblatt ein Programm zur Feier des 4. Mai 1814, als des Tages, an welchem vor 50 Jahren Mainz wieder deutsch wurde.

— Frankfurt, 8. Apr. Die „Südd. Ztg." schreibt: „Die „Indépendance" hat ein Frankfurter Telegramm von gestern, wornach der Sechsunddreißiger-Ausschuß über einen Antrag von Metz berathen hätte, dahin gehend, an Kaiser Napoleon eine aus Mitgliedern aller Schleswig-Holstein-Komitees von ganz Deutschland gewählte Deputation zu senden, mit dem Auftrag, den Kaiser um seinen Schutz und Beistand für die Sache der Nationalitäten zu bitten. Es ist wohl nicht nöthig, zu bemerken, daß diese Nachricht vom ersten bis zum letzten Wort vollkommen aus der Luft gegriffen ist."

— Der wegen verweigerter Steuer gepfändete Siegelring des John Reitenbach-Plicken wurde am 31. v. M. auf der Kreiskasse zu Gumbinnen verkauft. Der bäuerliche Wirth Brencke aus Sodeyken bot 101 Thlr., und erstand ihn der Kutscher Kemmsies aus Plicken schließlich für 150 Thlr.

— Solothurn. Letzten Montag ist die Leiche des muthmaßlichen Mörders der Müller'schen Eheleute eine halbe Stunde von der Stadt in der Aar aufgefunden worden.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

8. April.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 2,73'''	− 1,5	N.O.	schw. bew.	heiter, Frost
Mittags 2 „	„ 1,86'''	+ 5,5	„	„ „	„ rauh
Nachts 9 „	„ 1,70'''	+ 3,0	„	stark „	trüb, frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 10. Apr. 2. Quartal. 49. Abonnementsvorstellung. **Robert der Teufel;** große Oper in 5 Akten, von Meyerbeer.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.h.188. Gaggenau. Entfernten Freunden und Bekannten machen wir hiemit die traurige Mittheilung, daß unser geliebter Gatte, Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel, Dominik Stößer, Hechtwirth, am 8. April, Morgens 1/,7 Uhr, nach längerm Leiden, im Alter von 63½ Jahren in ein besseres Jenseits abgerufen wurde.

Um stille Theilnahme bitten,

Gaggenau, den 8. April 1864,

Die trauernden Hinterbliebenen.

Z.h.191. St. Gallen.

Vereinigte Schweizerbahnen.

Nachdem der in Art. 12 des Programms über die Reorganisation des Obligationskapitals vom 16. Oktober 1863 vorgesehene Fall eingetreten war, haben wir es an der Zeit erachtet, uns mit den h. Regierungen der fünf Kantone, auf deren Gebiet sich das Bahnnetz unserer Gesellschaft erstreckt, über die in Art. 3 und 4 des Programms vorgesehene hypothekarische Verschreibung der Bahn ins Vernehmen zu setzen.

Die in Folge dessen durch Abgeordnete der h. Regierungen über ein gemeinsames und einheitliches Verpfändungsverfahren gepflogenen Unterhandlungen stellen, laut den uns zugekommenen Mittheilungen, den nahen Abschluß einer sachbezüglichen Verständigung zwischen den betheiligten Kantonen in Aussicht.

Wir sind daher nunmehr im Falle, für die Anmeldungen zum Beitritte zu dem Reorganisationsprojekte hiemit einen **Schlußtermin,** und zwar auf den **30. April l. J.** festzusetzen.

Wir verbinden damit die Anzeige, daß der Betrag der bis heute zur Konversion angemeldeten Obligationen die Summe von **32,527,700** Fr. erreicht hat.

Zugleich erlauben wir uns, diejenigen Obligationsinhaber, welche dem Projekte noch nicht beigetreten sind, dringend einzuladen, es innert der festgesetzten Frist noch thun zu wollen, und damit dessen in allseitigem Interesse liegende Durchführung zu ermöglichen.

Nach Ablauf des Schlußtermins werden wir das Ergebniß der Anmeldungen zur öffentlichen Kenntniß bringen. Dieselben werden wie bisher gegen Deposition oder Abstempelung der betreffenden Titel bei nachbezeichneten Domicilen, bei denen auch Programme und Anmeldungsscheine bezogen werden können, in Empfang genommen:

in St. Gallen beim Kassieramt der Gesellschaft im Bahnhofgebäude, und bei der Deutsch-Schweizerischen Kreditbank;
„ Frankfurt a. M. bei den Herren M. A. v. Rothschild & Söhne;
„ **Karlsruhe bei den Herren Gebrüder Haas;**
„ Stuttgart bei den Herren Gebrüder Benedict;
„ Augsburg bei den Herren Erzberger & Söhne und bei Herrn P. v. Stetten;
„ Zürich bei den Herren C. Schultheß & Comp.;
„ Chur bei den Herren S. & J. B. Bavier und den Herren Masner & Braun;
„ Rheineck bei den Herren Custer & Comp.;
„ Glarus bei der Bank daselbst;
„ Basel bei den Herren Kaufmann & Lüscher;
„ Bern bei den Herren Tschann, Zeerleder & Comp.;
„ Solothurn bei Herrn Franz Brunner, Sohn.

St. Gallen, den 5. April 1864.

Im Namen des Verwaltungsrathes,
Der Präsident:
Wirth-Sand.
Der Sekretär:
Linden.

Z.h.181. Offenburg.

Bekanntmachung.

Die Aufstellung des Lagerbuchs für die Gemarkung und Gemeinde Waltersweier betr.

Nach Vorschrift der allerhöchst landesherrlichen Verordnung vom 26. Mai 1857, Regbl. Nr. 21, S. 221, und besonderer höherer Weisung zufolge soll nach vollzogener stückweisen Vermessung und Ergänzung derselben auf den neusten Stand für die Gemarkung und Gemeinde Waltersweier das Lagerbuch über sämmtliche Liegenschaftsstücke aufgestellt werden.

Indem man die Gütereigenthümer dieser Gemarkung behufs der Wahrung ihrer Rechte auf den Inhalt gedachter höchsten Verordnung aufmerksam macht, werden dieselben mit Hinweisung auf §. 6 letzter Absatz noch besonders aufgefordert, da, wo zu Gunsten ihrer Liegenschaften Grunddienstbarkeiten als Belastung für andere Eigenthumsstücke, als Lehen oder Stammgutseigenschaften, Grundgerechtigkeiten, Dienstbarkeiten, Realrechte, Ueberfahrtsrechte u. s. w. bestehen, solche unter Anführung der Rechtsurkunden dem Unterzeichneten vom 1. — 15. Mai d. J. zum Eintrag in das Lagerbuch anzumelden.

Schriftliche Anmeldungen können portofrei hier und mündliche auf dem Rathhause in Waltersweier gemacht werden.

Offenburg, den 8. April 1864.

Der Bezirksgeometer
Seufert.

Z.h.190. N.B.Nr. 2400. Karlsruhe.

Gutsverwalterstelle-Gesuch.

Ein kräftiger junger Mann, welcher in der bayerischen Landwirthschaftschule s. Z. die ersten Noten für seine Kenntnisse erlangt, die Landwirtschaft, resp. Feldgeschäft ꝛc. von der untersten Stufe an praktisch durchgemacht, und schon zwei Gutsverwaltungen (Oekonomie mit Brauerei verbunden) zur vollkommenen Zufriedenheit der Herrschaft — laut Zeugnisse — besorgt, wünscht in Bälde wieder eine ähnliche **Verwalterstelle** zur Verwendung seiner Kenntnisse und Körperkräfte zu erhalten. Nähere Auskunft ertheilt das

Kommissionsbureau von J. Scharpf
in **Karlsruhe.**

Z. h. 195. Karlsruhe. So eben erschien in **A. Bielefeld's Hofbuchhandlung in Karlsruhe** und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Denkwürdigkeiten
des Generals der Infanterie
Markgrafen Wilhelm von Baden
aus den Feldzügen von 1809 bis 1815.

Nach dessen hinterlassenen eigenhändigen Aufzeichnungen.

Mit Noten und Beilagen

herausgegeben von

Freiherrn Philipp Röder von Diersburg,
Großh. badischer Generallieutenant a. D.
Preis 1 fl. 48 kr.

Z.f.906. Erfurt.

Gratis eine gedruckte ausführliche Anleitung zur Anlage und Behandlung der Spargelfelder.

Erfurter Riesen-Spargel-Pflanzen

100 St. 1 Thlr. 15 Sgr., 500 St. 7 Thlr., 1000 St. 12 Thlr., 10000 St. 100 Thlr.
Emballage, 100 Stück 5 Sgr., jedes Hundert mehr 2 Sgr. Kultur-Anleitung gratis.

Auf dem Kongreß der deutschen Pomologen und Gemüsezüchter in Görlitz, Herbst 1863, wurde während der Verhandlung über Gemüsebau den von F. C. Heinemann in Erfurt bezogenen Riesen-Spargelpflanzen das glänzendste Zeugniß in Bezug auf sehr reiche Ernten, außerordentliche Größe und Schwere der Triebe, Feinheit und Zartheit im Geschmack ertheilt.

Erfurt, im Frühjahr 1864.

F. C. Heinemann, Handelsgärtnerei-Besitzer,
Ehrenmitglied des Landwirthschaftl. Kreisvereins zu Erfurt.

Z.f.376.

Trappistine,
feinster Tafel-Liqueur,

aus dem Kloster Grace-Dieu bei Besançon (Doubs), in 1/1, 1/2, 1/4 Litter-Flaschen, grün erste, gelb zweite Qualität. Hauptniederlage für das Großherzogthum Baden, sowie Preiscourante und nähere Beschreibung der vortrefflichen Eigenschaften des Liqueurs bei

W. Frey,
Großh. Hof-Wein-Lieferant,
Steinstraße Nr. 15, Karlsruhe.

NB. Bei Abnahme von 12 Flaschen wird ein Rabatt von 10% von den Originalpreisen bewilligt.

Z.f.981.

GUANO-DEPOT
der
Peruanischen Regierung
in Hamburg.

Wir zeigen hiedurch an, dass unsere Guano-Preise unverändert sind, wie folgt:

Bco.-Mk. **160.** — pr. **2000** Pfd. Brutto Hamb. Gewicht oder 20 Zoll-Centner, bei Abnahme von 60,000 Pfd. und darüber,

Bco.-Mk. **174.** — pr. **2000** Pfd. Brutto Hamb. Gewicht oder 20 Zoll-Centner, bei Abnahme von 2000 Pfd. bis 60,000 Pfd.,

in Säcken, zahlbar pr. comptant, ohne Vergütung von Thara, Gutgewicht, Abschlag oder Decort.

Hamburg, März 1864. **I. D. Mutzenbecher Söhne.**

Z.h.133.

Stuttgarter Pferdemarkt
18. und 19. April.
Wagen- & Geschirr-Magazin.
Roger & Sohn.
17 Karlsstraße 17.

Großer Vorrath neuer und gebrauchter Wagen der verschiedensten Façonen, Pferdsgeschirre, Reitzeuge, Fahr- und Reitpeitschen.

Gesuch.

Z.h.184. Für **Karlsruhe** und Umgegend wird ein solider thätiger Mann zum Verkauf von **Ruhrer** Steinkohlen für ein Mannheimer Haus gesucht.

Anträge unter Chiffre A. Nr. 1 vermittelt die Expedition dieses Blattes.

Z.f.349. Konstanz.

Empfehlung.

Der hochwürdigen Geistlichkeit und Gemeindevorständen, sowie allen Freunden der Kirche, erlaube ich mir mein großes Lager in Allem, was die Kirche bedarf, in Paramenten und Metallarbeiten ohne Ausnahme, sowie allen Figuren in Holz und Masse, in Leinenarbeiten und gemalten Fenstern und Rouleaux in gütige Erinnerung zu bringen, und bitte um geneigte Abnahme.

Ergebenst

Konstanz, im Februar 1864.

C. Weick.

Z.f.240. Mannheim.

Knochenmehl

in verschiedenen Sorten billigst bei

G. Köhler & Koch in **Mannheim.**

Z.h.143. Rastatt.

Steigerungsankündigung.

Da die unterm 5. d. Mts. abgehaltene Versteigerung **des Gutes Binsenfeld bei Plittersdorf,** Amts Rastatt, ihre Genehmigung nicht erhalten hat, wird nunmehr Tagfahrt zur zweiten und letzten Versteigerung auf

Dienstag den 12. April d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

anberaumt, wozu die Liebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Zusammenkunft im Gasthaus zum Adler in Plittersdorf stattfindet.

Rastatt, den 10. April 1864.

A. A.
Das öffentliche Geschäftsbureau von
J. Müller.

Z.f.233. Mannheim.

Guano

aus den Anfuhren der **Peruanischen Regierung** billigst zu beziehen durch

G. Köhler & Koch in **Mannheim.**

Z.h.176. Karlsruhe.

Fruchtverkauf.

Freitag den 15. d. Mts.,
Nachmittags 2 Uhr,

werden auf dem Gute Maximiliansau am Rhein bei Knielingen

ca. 41 Malter Winterweizen,
„ 17 „ Sommerweizen,
„ 11 „ Korn und
„ 3 „ Welschkorn

öffentlich versteigert, wozu die Kaufliebhaber eingeladen werden.

Karlsruhe, den 8. April 1864.

Markgräfliche Gutsverwaltung.

Z.h.189. Rastatt.

Hausverkauf.

Unterzeichneter ist gesonnen, sein in der Engelstraße gelegenes zweistöckiges Wohnhaus mit neueingerichteter Bäckerei unter sehr annehmbaren Bedingungen billig zu verkaufen.

Im untern Stock befindet sich die Bäckerei, ein Zimmer und eine Mehlkammer, eine große Stube, zwei Zimmer, große Küche und Keller.

Im zweiten Stock befinden sich zwei Logis, jedes mit drei Zimmern, nebst Küche und großem Speicher.

Ferner ein großer Hof mit laufendem Brunnen, eine große Scheuer mit zwei Stallungen, ein großer Gemüsegarten, von welchem ein Weg von der Georgen-Vorstadt hereinführt, ein geschlossener Hof.

Dieses Ganze würde sich der schönen Lage wegen zu einem jeden Geschäft eignen.

Das Nähere zu erfragen im Hause selbst.

Briefe franko.

Rastatt, den 8. April 1864.

Anton Bender, Bäckermeister.

Z.g.275. Nr. 3323. Karlsruhe.

Liegenschaftsversteigerung.

Das zum Nachlaß des Schneidermeisters Jakob Günth und den Kindern erster Ehe desselben gemeinschaftlich gehörige, unten näher beschriebene Wohnhaus wird der Erbtheilung wegen am

Montag den 18. April 1864,
Nachmittags 3 Uhr,

im Geschäftszimmer des Notars Süß, Innerer Zirkel Nr. 33 dahier, öffentlich zu Eigenthum versteigert und der Zuschlag ertheilt, wenn der Anschlag oder darüber geboten sein wird.

Beschreibung des Wohnhauses.

Ein dreistöckiges Wohnhaus mit gleichem Seitenbau rechts und links, und zweistöckigem Hintergebäude mit Hofraum, Nr. 20 a. in der Herrenstraße dahier, neben A. A. Ettlinger's Wittwe und Benedikt Höher, im Werthanschlag zu . . . . . 22,000 fl.

Karlsruhe, den 29. März 1864.

Großh. bad. Stadtamtsrevisorat.
G. Gerhard.
H. Hoffmann.

Z.h.180. Nr. 942. Freiburg. (Erlenholzverkauf.) Ein bedeutendes Quantum ganz trockenes Erlenholz in verschiedener Breite und Dicke ist bei uns zu verkaufen, jedoch nur in größeren Quantitäten.

Freiburg, den 6. April 1864.

Großh. bad. Arbeitshausverwaltung.
D. B. Schmidt. C. Schlotterbeck.

Z.h.179. Nr. 3282. Kenzingen. (Schuldenliquidation.)

Die Schuldenliquidation der sich bereits in Amerika befindlichen Franziska Ligibel von Riegel betr.

Etwaige Gläubiger, welche Forderungen an die Franziska Ligibel zu machen haben, haben dieselben in der am

Samstag den 16. April d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

anberaumten Liquidationstagfahrt dahier anzumelden.

Kenzingen, den 6. April 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Dilger.

Z.g.383. Nr. 6888. Waldshut. (Aufforderung und Fahndung.)

Die Desertion des Füsiliers Martin Mühlhaupt von Dangstetten betr.

Der unten signalisirte Füsilier Martin Mühlhaupt von Dangstetten hat sich unerlaubter Weise aus seinem Urlaubsort entfernt. Derselbe wird aufgefordert, sich

innerhalb 2 Monaten

entweder dahier oder bei seinem Kommando zu stellen, widrigenfalls er, vorbehaltlich seiner persönlichen Bestrafung wegen Desertion, des Staats- und Ortsbürgerrechts für verlustig erklärt und in die gesetzliche Vermögensstrafe verfällt würde. Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlag belegt.

Signalement: Größe, 5' 4" 3'''; Statur, schlank; Gesichtsform, rund; Farbe, frisch; Haare, blond; Stirne, mittel; Augenbrauen, schwarz; Augen, grau; Nase, stumpf; Mund, groß; Bart, klein; Kinn, spitz; Zähne, gut.

Waldshut, den 2. April 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Rieder.

Z.g.391. Nr. 6870. Waldshut. (Aufforderung und Fahndung.)

Desertion des Soldaten Josef Maier von Dangstetten betr.

Der unten signalisirte Soldat Josef Maier von Dangstetten hat sich unerlaubter Weise aus seinem Urlaubsort entfernt. Derselbe wird aufgefordert, sich

innerhalb 2 Monaten

entweder dahier oder bei seinem Kommando zu stellen, widrigenfalls er, vorbehaltlich seiner persönlichen Bestrafung wegen Desertion, des Staats- und Ortsbürgerrechts für verlustig erklärt und in die gesetzliche Vermögensstrafe von 1200 fl. verfällt würde. Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlag belegt.

Signalement: Größe, 5'6"; Statur, schlank; Gesichtsform, mittel; Gesichtsfarbe, gesund; Haare, schwarz; Stirne, mittel; Augenbrauen, schwarz; Augen, braun; Nase, stark; Mund, mittel; Bart, schwarz; Kinn, spitz; Zähne, gut.

Waldshut, den 2. April 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Rieder.

Z.g.375. Nr. 4375. Emmendingen. (Aufforderung und Fahndung.) Christian Schumacher von Köndringen, Dragoner im großh. Leib-Dragonerregiment, welcher sich weder in seiner Heimathsgemeinde, noch in dem ihm angewiesenen Urlaubsort befindet, wird aufgefordert, sich

binnen 4 Wochen

dahier oder bei seinem Regimentskommando zu stellen und über seine unerlaubte Entfernung zu verantworten, widrigenfalls er wegen Desertion in eine Geldstrafe von 1200 fl. verfällt und seines Orts- und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt würde. Zugleich wird das Vermögen des Christian Schumacher mit Beschlag belegt.

Indem wir das Signalement beifügen, ersuchen wir die großh. Polizeibehörden um Fahndung auf Schumacher.

Signalement.

Alter, 26 Jahre.
Größe, 5' 5" 4'''.
Statur, schlank.
Gesichtsform, lang.
Haare, braun.
Stirne, nieder.
Augen, blau.
Bart, blond.

Emmendingen, den 5. April 1864.

Großh. bad. Oberamt.
v. Feder.

Z.g.378. Nr. 6624. Mosbach. (Diebstahl und Fahndung.) Um Weihnachten 1863 herum wurden dem Schäfer Zöller von Binau aus der Pferche 4 Schafe, Jährling, welche theilweise von Natur schwarz am Kopf gezeichnet waren, sonst aber kein Zeichen an sich hatten, entwendet. Die Schafe hatten die Wolle noch auf sich und hatte jedes derselben einen Werth von 10 fl. Wir bitten um Fahndung.

Mosbach, den 5. April 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Hirschhorn.

Z.g.376. Nr. 4290. Radolfzell. (Auskündigung einer Referendärstelle.) Die Stelle eines Referendärs mit einem jährlichen Gehalt von 500 fl. ist für einige Monate sogleich oder bis 1. k. Mts. zu besetzen. Die Bewerbungen sind anher einzureichen.

Radolfzell, den 4. April 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dietsche.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.